

für Studienfächer gewährt, die für staatliche Schwerpunktprojekte wichtig sind oder in denen Mangel an Nachwuchs herrscht, wie z.B. Verteidigungszwecken dienende Fächer, Grundlagenwissenschaften, Pädagogik, und für Leute, die nach dem Studium in die Grenzgebiete gehen oder unter schwierigen Bedingungen arbeiten müssen. Ferner können Betriebe, Unternehmen und gesellschaftliche Institutionen Stipendienfonds einrichten. Kandidaten können sich um solche Sonderstipendien bewerben, müssen dann aber nach dem Studium vertragsgemäß für das betr. Unternehmen arbeiten. Studenten, die kein staatliches Stipendium erhalten oder denen das Studium nicht durch ein Unternehmen finanziert wird, müssen sich nach dem Studium selbst einen Arbeitsplatz suchen. Studenten, die ihr Studium mit Darlehen finanzieren, kann der Staat die Rückzahlung der Darlehen erleichtern oder erlassen, wenn die Studenten nach Abschluß ihres Studiums eine Arbeit in einer vom Staat bestimmten Einheit oder Ortschaft annehmen. Alle anderen Darlehensempfänger müssen ihre Darlehen nach dem Studium mit Zinsen zurückzahlen. Als Anreiz für die Studierenden richten die einzelnen Hochschulen außerdem Stipendien für hervorragende Leistungen ein. Insgesamt, so wird gesagt, soll kein vielversprechender Student, der sein Studium nicht bezahlen kann, vom Studium ausgeschlossen werden (ebd.). -st-

*(15)

Rückläufige Zahl von Drogenabhängigen in Yunnan

Die südwestchinesische Provinz Yunnan, das Zentrum des chinesischen Drogenhandels und in zunehmendem Maße Zwischenstation für aus Südostasien, insbesondere dem "Golden Triangle" kommende und für westliche Märkte bestimmte Drogen, meldet Erfolge in der Bekämpfung von Drogenabhängigkeit. Die Zahl der Drogenabhängigen in dieser Provinz soll von 57.000 (1990) auf 40.000 (Ende 1993) oder um 30 Prozent zurückgegangen sein. Neben dem Kampf gegen Drogenkriminalität hat sich Yunnan nach Aussagen des Provinzministeriums für Öffentliche Sicherheit bemüht, den Drogenmißbrauch zu bekämpfen und Rehabilitationszentren einzurichten. Auf diese Weise konnte die Zahl neuer Drogenabhängiger eingedämmt wer-

den. Während vor 1990 jährlich 10.000 neue Abhängige zu verzeichnen waren, sind es in den letzten drei Jahren etwa 2.000 pro Jahr. Seit 1990 werden in jedem Jahr etwa 20.000 Drogenabhängige behandelt; die Erfolgsrate der Rehabilitation wird mit zehn Prozent beziffert. In den vergangenen zwei Jahren wurden in der Provinz 16 Mio. Yuan für den Bau von 28 Rehabilitationszentren investiert. Yunnan hat auch Bestimmungen über Zwangsmaßnahmen zur Rehabilitation von Drogenabhängigen erlassen. (Zhongguo Xinwen She, Beijing, 1.4.94, nach SWB, 23.4.94)

Yunnan ist nicht die einzige Provinz mit Drogenproblemen. Solche haben mittlerweile sechzehn Provinzen, wobei sich die Situation vor allem in den Provinzen Sichuan, Guizhou, Gansu und Shaanxi verschlimmert. Offiziell wird die Gesamtzahl der registrierten Drogenabhängigen in China mit 250.000 angegeben, doch dürfte die tatsächliche Zahl weitaus höher liegen. (SCMP, 2.4.94) Noch vor wenigen Jahren wurde das Vorhandensein des Drogenproblems von offizieller Seite geleugnet oder heruntergespielt. Nicht zuletzt aufgrund der Ausbreitung von AIDS sind die Behörden tätig geworden, denn die meisten AIDS-Infizierten sind Drogenabhängige. Die größte Zahl der HIV-Träger Chinas findet sich denn auch in Yunnan. Die Provinz hat ein Amt für die Verhütung und Kontrolle von AIDS gegründet und in den vergangenen vier Jahren 7,6 Mio. Yuan für Aufklärung und Behandlung ausgegeben. Durch ein strenges Überwachungssystem soll die Ausbreitung der Krankheit verhindert werden. Ständig beobachtet werden knapp 150.000 gefährdete Personen. Ende 1993 wurden 977 HIV-Träger ermittelt, bei 17 von ihnen war die Krankheit ausgebrochen und neun waren bereits gestorben. Über jeden AIDS-Infizierten, von denen die Mehrzahl im westlichen Grenzgebiet der Provinz lebt, wird genau Buch geführt und intensive Aufklärungs- und Erziehungsarbeit in deren Familien geleistet. (Zhongguo Tongxun She, Hongkong, 14.3.94, nach SWB, 23.4.94) -st-

Außenwirtschaft

*(16)

Frankreich wieder als Wirtschaftspartner willkommen

Nachdem Frankreich aufgrund der Verkäufe von Mirage-Flugzeugen an Taiwan mehr als 18 Monate bei der Vergabe von Großaufträgen diskriminiert worden war (siehe hierzu auch die Ü 1, C.a., Januar 1994, S. 5 und 6), hat sich das politische Klima mit dem Besuch von Premierminister Balladur wieder entspannt. Frankreich erhofft sich hierdurch auch eine Verbesserung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und der französischen Position auf dem chinesischen Markt.

Nach Einschätzung des französischen Industrie- und Handelsministers Gérard Longuet mußten Frankreichs Unternehmen Verluste aus nicht zustandegewordenen Verträgen in Höhe von rd. 825 Mio. US\$ hinnehmen. Der französische Unternehmerverband beziffert die Verluste sogar auf das Doppelte. (*The Straits Times*, 23.1.94) Inzwischen hätten sich andere ausländische Unternehmen in die Lücke gedrängt, die Frankreich hinterlassen habe. (SCMP, 31.1.94)

Die französische Industrie möchte vor allem wieder Großprojekte im Energie-, Telekommunikations- und Transportsektor gewinnen. In Diskussion ist der Bau eines zweiten Atomkraftwerkes in Südchina, nachdem das von Framatome und Electricité France gebaute Daya-Bay-Atomkraftwerk ans Netz gegangen ist. Weiterhin plant Elf Aquitaine (Öl-, Pharma und Chemikalien), zusammen mit der Shanghaier Stadtverwaltung und der Shanghai Petrochemical eine große Erdölraffinerie zu bauen. Elf Aquitaine gilt als bis größter französischer Investor in China. Auch der Elektronikkonzern Alcatel Alsthom will sein China-Engagement weiter verstärken. Nach dem erfolgreichen Verkauf des französischen Hochgeschwindigkeitszuges an Südkorea wird Frankreich langfristig auch versuchen, den chinesischen Markt zu gewinnen. (HB, 11.4.94)

Die französische Automobilindustrie hat mit einer Citroën ZX-Produktion in Wuhan bereits den Einstieg in den chinesischen Kfz-Sektor begonnen. Allerdings steckt das Projekt noch in der Anfangsphase und wurde durch die angespannte politische Lage nicht gerade gefördert. Auch erhebliche Managementprobleme, die aus einer Minderbeteiligung Citroëns resultieren, sollen die Entwicklung behindert haben. So hält Citroën lediglich 25% sowie die französischen Banken Société Générale 4% und die Banque Nationale 1% an dem Joint Venture Dongfeng-Citroën Automobile Co. Ltd. mit den staatlichen Dongfeng Automobilwerken. Die Produktionszahl des Modells Citroën ZX ist für 1994 mit 10.000 Stück geplant und soll bis 1995 auf 15.000 Stück erhöht werden. Ab 1996 sollen dann 25.000, 1997 bereits 50.000 Stück und ab 1999 jährlich 150.000 Wagen montiert werden. Durch die derzeit in Bau befindliche zweite Montagehalle sowie ein neues Motorenwerk sollen in der zweiten Bauphase dann 300.000 Stück produziert werden.

Da das französische Kfz-Unternehmen wesentlich später mit einer Joint Venture-Gründung begonnen hat, sind die Anfangsschwierigkeiten auch noch keineswegs überwunden. Zwar soll sich der lokale Fertigungsanteil bis 1997 auf 60% belaufen, derzeit jedoch wird der Citroën erst mit einem *local content* von 16% gebaut, also der überwiegende Teil aus Frankreich importiert.

Daß französische Unternehmen ihre Position in China wieder verbessern können, wird wohl auch davon abhängen, welche Finanzierungsmöglichkeiten angeboten werden. Diesen Aspekt wird Ministerpräsident Li Peng wohl auch gemeint haben, als er gegenüber Balladur erklärte, daß französische Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen müßten. Unter den Ländern der EU ist Frankreich bereits der größte Lieferant von Krediten an China. Im Rahmen eines dritten französischen Exportkreditprogramms (1991-95) können Frankreichs Banken auch rd. 20 Mrd. F für die chinesischen Importe von Technologie und Ausrüstungen auslegen. (BfAI/NfA, 2.8.91) -schü-

*(17)

Proteste gegen EU-Quoten

Die seit 15.3.94 gültigen neuen Importquoten der Europäischen Union (EU) im Handel mit China, werden

von der VR China und Hongkong als Handelsprotektionismus betrachtet. (BfAI/NfA, 9.4.94) An die Stelle der von den einzelnen EU-Mitgliedsländern festgelegten Beschränkungen waren sieben Quoten (u.a. für Schuhe, Spielzeug, Radios, Tischgeschirr) getreten, die aus EU-Sicht zu einer Vereinfachung im Außenhandel und damit zu einem Abbau von Barrieren beitragen sollten.

Nach Einschätzung von Wang Yijie, Sprecher des Ministeriums für Außenhandel und wirtschaftliche Kooperation (MOFTEC), werde das neue Quotensystem jedoch den bilateralen Handel negativ beeinflussen. Auch sei dieses Quotensystem eine einseitige Entscheidung der EU und ein Ausdruck von Handelsprotektionismus. Hongkonger Unternehmen gehen davon aus, daß beispielsweise durch die Einführung von Quoten für Spielzeug in diesem Jahr ein Verlust von 5,6 Mrd. HK\$ (725,9 Mio. US\$) hingenommen werden müßte. Da Hongkonger Unternehmen zu einem großen Teil auf dem chinesischen Festland fertigen lassen, sind sie durch das Quotensystem direkt betroffen.

Aus Sicht der EU-Kommission stellt sich das Problem jedoch anders dar. So sei das alte Quotensystem Ende 1992 abgeschafft worden, ohne daß sich die EU-Mitglieder auf eine neue Regelung hätten einigen können, dementsprechend habe es 1993 keine Quoten gegeben und die Importe seien sehr hoch gewesen. Die ab 15.3.94 geltende Regelung basiere auf einer 10%igen Steigerung auf der Basis der durchschnittlichen Importe der Jahre 1990-92, so daß für manche Importe durchaus ein gewisser Rückgang gegenüber 1993 möglich sei. Die bestehende Regelung würde außerdem nur bis zum erwarteten Beitritt Chinas zum GATT bestehen bleiben. Im Textilhandel seien ferner Verhandlungen mit dem Ziel eines bilateralen Abkommens vorgesehen, die möglicherweise zu einer Erhöhung der chinesischen Importquoten führen könnten. (AWSJ, 6./7.5.94)

Für europäische Importeure chinesischer Produkte, die der Quotenregelung unterliegen, lief im April die Frist zur Beantragung von Importlizenzen aus. (FT, 25.4.94) Der überwiegende Teil von 70% soll nach Angaben der EU-Kommission auf Importeure entfallen sein, die bereits seit langem im China-Handel tätig sind. (BfAI/NfA, 28.4.94) -schü-

*(18)

Neue Bestimmungen zur schnelleren Regelung von Dumping-Vorwürfen

Die chinesische Regierung veröffentlichte am 12.4.94 neue Bestimmungen, die bei Dumping-Vorwürfen gegenüber chinesischen Exporten eine schnellere Regelung erlauben sollen.

In den 24 Artikel umfassenden Bestimmungen werden detaillierte Schritte festgelegt, wie auf Dumping-Vorwürfe reagiert werden muß. So sollen sich beispielsweise Unternehmen, denen Dumping zur Last gelegt wird, aktiv an der Aufklärung beteiligen. Anderenfalls müßten sie damit rechnen, daß ihnen das Recht auf Exportquoten und -lizenzen entzogen würde. Wenn Unternehmen tatsächlich Dumpingmaßnahmen verfolgt hätten, können ihnen bei schwerwiegenden Verstößen auch die Rechte zum Handel mit dem Ausland teilweise oder völlig entzogen werden.

Der Anstieg der Anti-Dumpingverfahren gegen chinesische Exporte wird dem MOFTEC zufolge als ein Zeichen für den zunehmenden Protektionismus in den westlichen Ländern gesehen. Auch Unregelmäßigkeiten in bestimmten Bereichen des Außenhandelsystems und in manchen Außenhandelsunternehmen seien hierfür verantwortlich. (XNA, 13.4.94) -schü-

*(19)

Maßnahmen gegen illegale Textilexporteure

Anfang April fand die vierte landesweite Konferenz gegen illegalen Entrepot-Textilhandel statt. Hierunter wird die Umgehung von Exportquoten und der Export über Drittländer verstanden. Die Konferenz wurde gemeinsam vom MOFTEC, der Zollbehörde sowie der Behörde für die Inspektion von Im- und Exportgütern veranstaltet.

Auf der Konferenz wurden vier Unternehmen namentlich genannt, die gegen die bestehenden Bestimmungen verstoßen haben. Hierzu zählt beispielsweise das Unternehmen Shankou aus der Provinz Liaoning, das im August 1993 mit einem Hongkonger Unternehmen die Produktion von Shorts und Schlafanzügen sowie deren Export nach Singapur vereinbart hatte. Obwohl die Produktion in Textilfabriken

in den Liaoningern Städten Shenyang und Yingkou sowie in der Provinz Guangdong erfolgte, wiesen die Etiketten Fidschi als Ursprungsland aus und wurden im Oktober und November 1993 in die USA verschifft.

Als Sanktion mußte das Unternehmen Shankou, Teil der Dongmao Industrial Ltd. in Shenyang, die Gewinne aus diesem Geschäft abliefern, und dem Unternehmen wurden für 1994 die Exportquoten gestrichen. Außerdem wurde die Kommission für Außenhandel und Kooperation mit dem Ausland der Stadt Shenyang angewiesen, dem Unternehmen Shankou zeitweilig alle wirtschaftlichen Aktivitäten zu untersagen. (XNA, 11.4.94)

Die Konferenz erfolgte auch vor dem Hintergrund der anhaltenden Vorwürfe der USA gegenüber chinesischen Textilexporten über Drittländer. Seit 1990 haben die USA insgesamt 69 Fälle illegaler Textilexporte festgestellt, von denen inzwischen 47 nach Untersuchungen durch die chinesische Regierung aufgeklärt sein sollen. In den meisten Fällen soll es sich um Unternehmen gehandelt haben, die nicht willkürlich gegen Bestimmungen verstoßen hätten. Oftmals wären die Exporte von Hongkonger oder anderen ausländischen Unternehmen organisiert worden. (Zhongguo Xinwen She News Agency, in Chinese, 10.4.94) -schü-

*(20)

Shanghai als Zentrum für Interbanken-Devisenmarkt

Am 18.4.94 übernahm das Devisentransaktionszentrum in Shanghai die Funktion eines landesweiten Zentrums für den Devisenhandel. Das Shanghai-Zentrum ist mit 13 inländischen Banken sowie rd. 80 sonstigen Finanzinstitutionen und sino-australischen Banken in den Städten Beijing, Tianjin, Hangzhou, Shenzhen und Guangzhou verbunden. Auf der Basis von Devisenangebot und -nachfrage der angeschlossenen Banken sollen hier die landesweit gültigen Wechselkurse ermittelt werden. Die Schlußnotierung des Vortages wird dann von der Zentralbank als Basis für die Festlegung des Wechselkurses gegenüber Fremdwährungen herangezogen. Banken und intermediäre Finanzinstitute legen dann den Wechselkurs für den An-

und Verkauf von Devisen zugrunde, können jedoch lediglich eine maximale Schwankungsbreite von 2,5% nutzen. (XNA, 2., 5. u. 19.4.94)

In der Anfangsphase laufen die Transaktionen allerdings lediglich in US\$ und HK\$. Am Eröffnungstag belief sich die Anfangsnotierung auf 1 US\$: 8,681 RMB und die Schlußnotierung auf 1 US\$: 8,6908 RMB. (XNA, 5.4.94) Um den Wechselkurs zu stabilisieren, wird die Zentralbank weiterhin bei größeren Schwankungen intervenieren. Obwohl sich einige Banken bereits darüber beklagt haben sollen, daß die geringe Schwankungsbreite nicht ausreichend sei, um das tatsächliche Angebot und die Nachfrage nach Devisen wiederzuspiegeln, wird mit einer Ausweitung der Bandbreite vorläufig nicht zu rechnen sein. (XNA, 2.4.94)

Die ursprüngliche Planung, die bestehenden rd. 100 Devisen-Swapzentren in anderen Städten zu schließen, ist jedoch inzwischen aufgegeben worden. Diese sollen nunmehr ausschließlich den Unternehmen mit Auslandskapital offenstehen. Allerdings soll auch hier der in Shanghai ermittelte Wechselkurs für Transaktionen herangezogen werden. (XNA, 2.4.94) Für die chinesischen Unternehmen bedeutet dies, daß sie nunmehr über eine Bank ihre Devisentransaktionen abwickeln müssen, während sie in der Vergangenheit direkten Zugang zu den Swap-Zentren hatten. Unternehmen mit Auslandskapital können dagegen nicht über eine Bank an Devisen gelangen, sondern müssen weiterhin die Swap-Zentren nutzen. (SCMP, 30.3.94)

Die Einrichtung eines Interbanken-Devisenmarktes gilt als ein weiterer Schritt in Richtung Konvertibilität der chinesischen Währung, für die auch der GATT-Beitritt einen Zeitplan fordert. Weiterhin Devisen-Swapmärkte für Unternehmen mit Auslandskapital offenzuhalten, während inländische Unternehmen stärkeren Restriktionen beim Devisenzugang ausgesetzt werden, kann nur ein zeitlich begrenzter Kompromiß sein. -schü-

*(21)

Regionale Verteilung der Unternehmen mit Auslandskapital

Ende 1993 belief sich die Zahl der (registrierten) Unternehmen mit Auslandskapital auf 167.500, davon waren

u.a. 107.820 sino-australische Joint Ventures (64,4%) und 34.000 Unternehmen im 100%igen ausländischen Kapitalbesitz (20,3%).

Die zehn folgenden Provinzen bzw. regierungsunmittelbaren Städte konnten die meisten Unternehmen mit Auslandskapital registrieren:

- Guangdong: 44.705 (26,7%)
- Jiangsu: 18.082 (10,8%)
- Shandong: 12.561 (7,5%)
- Fujian: 11.900 (7,1%)
- Zhejiang 8.085 (4,8%)
- Shanghai 8.056 (4,8%)
- Hainan 7.390 (4,4%)
- Liaoning 7.365 (4,4%)
- Beijing 6.516 (3,9%)
- Tianjin 6.004 (3,6%)

Zu den Provinzen und Autonomen Regionen, die weniger als 1.000 Unternehmen mit Auslandskapital registrieren konnten, zählten:

- Yunnan 750 (0,4%)
- Guizhou 740 (0,4%)
- Innere Mongolei 734 (0,4%)
- Gansu 723 (0,4%)
- Xinjiang 508 (0,3%)
- Qinghai 63 (0,038%)
- Tibet 27 (0,017%)

Diese Daten zeigen nur die zahlenmäßige Aufteilung der Unternehmen, nicht jedoch die Höhe der regional ebenfalls sehr unterschiedlichen Auslandsinvestitionen.

Folgende Länder stellten die größten Anteile an den registrierten Auslandsunternehmen in China:

- Hongkong 106.914 (63,8%)
 - Taiwan 20.612 (12,3%)
 - USA 11.665 (7,0%)
 - Japan 7.096 (4,2%)
 - Macao 4.118 ((2,5%)
 - Singapur 3.037 (1,8%)
 - Südkorea 2.321 (1,4%)
 - Kanada 1.495 (0,9%)
 - Thailand 1.361 (0,8%)
 - Australien 1.296 (0,8%)
- (Xinhua News Agency, in English, 23.4.94, in SWB 4.5.94)

Diese Daten wurden auf der landesweiten Konferenz zu Registrierung und Management von Unternehmen mit Auslandskapital Anfang April in Hefei genannt. Von den insgesamt vertraglich festgelegten Auslandsinvestitionen Ende 1993 in Höhe von rd. 150 Mrd. US\$ seien inzwischen rd. 56 Mrd. US\$

realisiert. Der Anteil der Auslandsinvestitionen an den gesamten Anlageinvestitionen sei von einem Anteil in Höhe von 2,5% im Jahre 1978 auf 13% in den 80er Jahren gestiegen. Die rd. 80.000 Unternehmen mit Auslandskapital, die bereits ihre Tätigkeit aufgenommen hätten, produzierten 1993 einen Outputwert von 302 Mrd. Yuan, und ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt habe sich damit auf rd. 30% belaufen.

Von herausragender Bedeutung seien die Unternehmen mit Auslandskapital inzwischen für den Außenhandel. So exportierten diese Unternehmen beispielsweise Farb-TV, Fotoapparate und elektrische Haushaltsgeräte und trugen 1993 mit einem Anteil von 27,5% zum Export bei. Außerdem würden in diesen Unternehmen bis Ende 1993 inzwischen 20 Mio. (?) chinesische Arbeitskräfte beschäftigt. (XNA, 6.4.94) -schü-

*(22)

"Copyrights werden wirkungsvoll geschützt"

Vor dem Hintergrund drohender US-Sanktionen wegen der Verletzung von Copyrights fand im April in den chinesischen Medien eine Demonstration des guten Willens statt, um die Anstrengungen der Regierung zum Schutz dieser Rechte zu zeigen.

In einer Fernsehsendung am 12.4. beispielsweise erklärte Liu Minxue, Direktor der Staatlichen Industrie- und Handelsverwaltung, daß die chinesische Regierung nicht nur eindeutig für den Schutz der Copyrights eintrete, sondern inzwischen auch Maßnahmen beschlossen habe, die die Copyrights ausländischer Unternehmen wirkungsvoll schützen würden.

Zu diesen Maßnahmen zähle die ergänzte Gesetzgebung zum Warenzeichenrecht, die den Mißbrauch von Warenzeichen und ihre Fälschung mit strengeren Strafen belegen würde. Verstöße gegen das Warenzeichenrecht könnten jetzt mit Geldstrafen bis zu 50% des illegalen Geschäftsvolumen bzw. mit dem fünffachen des illegalen Gewinns belegt werden. Außerdem sei die mögliche Haftstrafe bei Verstößen von drei auf sieben Jahre Gefängnis erhöht worden.

Vorwürfe einer Verletzung des Warenzeichenschutzes könnten direkt bei den Behörden für Industrie und Handel erhoben werden, die diese wiederum direkt im Markt untersuchen würden. Da diese Behörden eine Beschäftigtenzahl von rd. 600.000 Personen aufwiesen, sei eine Verfolgung illegaler Praktiken sichergestellt. Weiterhin würden nunmehr auch Gerichte mit der Verfolgung von solchen Delikten beauftragt werden. (China Central Television, Beijing, in Chinese, 12.4.94)

China gilt inzwischen als der größte Produzent von gefälschten CDs (compact disk) und einer umfassenden Produktion von gefälschten Software-Programmen und nachgeahmten Markenprodukten. Die illegalen CD-Produktionsstätten sollen dabei oft im teilweisen Eigentum von städtischen Behörden sein, die High-Tech-Industrien ansiedeln wollen. Den bestehenden illegalen 30 Fabriken wird eine jährliche Produktionskapazität von 60 Mio. CDs nachgesagt. (AWSJ, 14.4.94)

US-amerikanische Firmen beklagen einen durch Copyright-Verstöße entstehenden Verlust, der auf rd. 800 Mio. US\$ geschätzt wird. (IHT, 29.4.94) Obwohl die amerikanische Regierung zunächst geplant hatte, China auf die "schwarze Liste" der Länder zu setzen, gegen die wegen Piraterie Sanktionen erlassen werden, scheint derzeit erst einmal die Entscheidung über die Meistbegünstigung Anfang Juni abgewartet zu werden. (HB, 3.5.94) -schü-

Binnenwirtschaft

*(23)

Wirtschaftsentwicklung im 1. Quartal 1994

Dem Bericht des Staatlichen Statistikamtes zufolge stieg das *Bruttoinlandsprodukt* im 1. Quartal d.J. um 12,7% im Vergleich zur Vorjahresperiode. Würden saisonale Faktoren berücksichtigt und die Wachstumsrate auf Jahresbasis umgerechnet werden, dann ergebe sich dem Statistikamt nach eine augenblickliche gesamtwirtschaftliche Zuwachsrate von 9-10%. Dieses Entwicklungstempo sei auch Ziel der derzeitigen Makroregulierung und -kontrolle.

Die *Industrieproduktion* hat sich im 1. Quartal deutlich verlangsamt. Die industrielle Wertschöpfung erhöhte sich um 16,0% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. (Allerdings wurde bis vor kurzem noch der industrielle Bruttoproduktionswert als Indikator angegeben, der stets höher liegt) Auf die Leichtindustrie entfällt eine Zuwachsrate von 16,8% und auf die Schwerindustrie von 15,3%. Regional betrachtet war die Industrieproduktion in den Küstenprovinzen bedeutend schneller als in den übrigen Landesteilen (keine näheren Angaben des Statistikamtes dazu). Die Reduzierung des Industriewachstums habe nach Angaben des Statistikamtes zu einer gewissen Entspannung bei der Versorgung mit Energie, Rohstoffen und Halbfertigwaren geführt. (Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese, 18.4.94, in SWB, 20.4.94)

Im Industriesektor hat sich die Situation der staatseigenen Industriebetriebe weiter verschlechtert. So erhöhte sich die Produktion dieser Unternehmen im 1. Quartal lediglich um 2,2%, ihre Verluste stiegen und ihre Verschuldung bei Banken und anderen Unternehmen nahm zu. (XNA, 19.4.94) Dem geringen Produktionszuwachs der staatseigenen Industriebetriebe steht eine Wachstumsrate von rd. 50% in den ländlichen Betrieben und von rd. 90% in den Unternehmen mit Auslandskapital gegenüber. (XNA, 21.4.94)

Auch das Wachstum der *Anlageinvestitionen* verringerte sich im 1. Quartal. Staatliche Einheiten investierten von Januar bis März d.J. 81,5 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 36,2% im Vergleich zur Vorjahresperiode. Im 1. Quartal 1993 hatte die Zuwachsrate der Anlageninvestitionen staatlicher Einheiten 70,7% betragen. Hinsichtlich der Zusammensetzung der Anlageinvestitionen berichtet das Statistikamt, daß die Investitionen auf lokaler Ebene leicht zurückgegangen seien, während die zentralstaatlichen Investitionen zugenommen hätten. Weiterhin seien mehr Investitionen in Projekte in den Bereichen Transport, Post und Telekommunikation geflossen. Außerdem sei durch die stärkere Kontrolle über den Grundstücks- und Immobiliensektor verhindert worden, daß weiterhin ungebremst Investitionen in Entwicklungszonen und in den Bau von teuren Villen und Wochenendhäusern fließen würden.